

Gründungsförderung in Deutschland

Die Gründungsförderung ist verbesserungsbedürftig.

Die Gründungsförderung des Bundes und der Länder in Deutschland ist zu wenig praxisgerecht und verbesserungsfähig. Die BDU -Unternehmensberatung Maikranz & Schindler GmbH aus Wesel entwickelt daher Empfehlungen zur Veränderung der deutschen Gründungsförderung und fordert alle beteiligten Institutionen auf, sich mit diesen Empfehlungen in konstruktiver Form auseinander zu setzen, um ein verbessertes Umfeld für Existenzgründungen zu generieren.

Falsches Bild in der Öffentlichkeit

Bewegt man sich durch Deutschland, so begegnen einem an vielen Stellen werbliche Aufforderungen, die ermutigen sollen, den Weg in die Selbständigkeit zu beschreiten. Ob durch die Deutsche Ausgleichsbank, die Bundesländer oder die

Kommunen plakatiert: Die Werbeaussagen verleiten zu dem Eindruck, dass nichts leichter ist, als ein Unternehmen zu gründen. Man braucht nur eine gute Idee, Mut ... und schon gibt es das notwendige Geld von der Bank.

Die Realität sieht aber ganz anders aus. Bürokratische Hürden und Sicherheitsdenken der Kreditinstitute sind Hindernisse, die oftmals jedes Pflänzlein unternehmerischer Eigeninitiative schnell ersticken.

Dabei ist die Grundidee für mehr Unternehmertum nicht nur richtig sondern auch notwendig und förderwürdiger denn je.

Neue Kultur der Selbständigkeit

Deutschland braucht eine neue Kultur der Selbständigkeit. Nur durch eine signifikante Erhöhung der im europäischen Durchschnitt zu niedrigen Selbständigenquote kann die Arbeitslosigkeit in nennenswertem Umfang abgebaut werden.

Durch 500.000 neue Unternehmer können 2.000.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der Schlüssel zur Reduzierung der Arbeitslosenquote liegt in einer Stärkung des unternehmerischen Mittelstandes. Während deutsche Großunternehmen Arbeitsplätze abbauen, ist es der deutsche Mittelstand, der neue Jobs schafft. Dieser Trend kann durch die Verbesserungen des Umfeldes für Unternehmensgründungen unterstützt und verstärkt werden.

In Deutschland mangelt es nicht an Gründungsideen und Fremdkapital, sondern an unternehmerisch Denkenden und Handelnden qualifizierten Gründer und ausreichendem Eigenkapital. Das Problem der geringen Eigenkapitalquote stellt dabei die größte Hürde dar, die sich für Gründungswillige spätestens im ersten Bankengespräch aufbaut und die Gründung oftmals schon an dieser Stelle scheitern lässt.

Doch auch die Qualifikation ist ein zu beachtendes Hindernis, das bei der Kreditentscheidung ebenfalls maßgeblichen Einfluss besitzt.

Für beide Problemkreise existieren aber nach Ansicht des von Frank C. Maikranz, dem Geschäftsführer der Maikranz & Schindler GmbH, Unternehmensberater (BDU) + Unternehmensmakler, Lösungsansätze.

Umlenkung der Zinssubventionen in Haftungsfonds

Bund und Länder subventionieren volkswirtschaftlich erwünschte Existenzgründungen auf unterschiedliche Weise, z. B. durch Förderung von Gründungs- und Begleitberatungen oder durch Zinsermäßigungen, Haftungsfreistellungen, Bürgschaften oder Kapitalbeteiligungen. Trotz der Gründungsförderung durch Bund und Länder verbleibt ein nennenswertes Risiko bei der kreditausreichenden Hausbank, die im Regelfall der Ansprechpartner für den kapitalsuchenden

Gründer ist. Doch die Quote der möglichen Haftungsfreistellungen ist wohl immer noch zu gering; der Zugang zu öffentlichen Bürgschaften (Bürgschaftsbanken und Kreditgarantiegemeinschaften) zu umständlich und zu zeitaufwendig.

Hinzu kommt, dass die Idee der Bereitstellung gegenüber dem Kapitalmarkt zinsverbilligter Mittel für die Existenzgründung kreditwirtschaftlichen Grundsätzen widerspricht. Die Zinshöhe ist schließlich immer auch ein Ausdruck der Risikos eines Kreditengagements. Eine Existenzgründerin oder ein Existenzgründer stellt aber ein höheres Risiko für den Kapitalgeber dar. Warum also noch gegenüber dem Kapitalmarkt verbilligtes Geld bereitstellen?

Dass dies wenig praxisnah ist, zeigen viele an dem Kreditvergabeverhalten der Banken gescheiterte Gründungsideen. Dabei sind hier überwiegend – obwohl von den Banken häufig bestritten – ungelöste Sicherheitenfragen

verantwortlich und nicht – wie entschuldigend ins Feld geführt
– fehlerhafte oder unzureichende Unternehmenskonzepte.

Zur konstruktiven Lösung des Problems fehlender Sicherheiten
vertreten die Unternehmensberater aus Wesel die Auffassung,
dass es bei dem Versuch mehr unternehmerisches
Engagement zu fördern, zu größeren Erfolgen führen würde,
wenn die Zinssubventionen aus dem ERP-Vermögen sowie die
Zinssubventionen zur Verbilligung von Gründungskrediten der
Länder in einen Haftungsfonds umgelenkt würden. Dieser
Haftungsfonds muss die Hausbanken dadurch unterstützen,
dass in einem vereinfachten Verfahren höhere
Haftungsfreistellungen in das Sicherheitenkonzept der
Finanzierung zu integrieren sind. Im schlimmsten Falle des
Kreditausfalls tritt dann der Haftungsfonds ein; die
kreditausreichende Hausbank wird schadlos gestellt. Das
Kreditrisiko der Hausbank wird dadurch nochmals verringert,
die Kreditentscheidung mittelbar gefördert. Eine notwendige
Voraussetzung für die Erlangung der Mittel aus dem

Haftungsfonds könnte sein, dass der Gründer Qualifikationen nachweisen muss, die von unabhängigen Dritten testiert werden und das Haftungsprovisionen gezahlt werden.

Flankiert werden kann dies durch Maßnahmen zur Qualifizierung der zukünftigen Unternehmer für die spätere unternehmerische Tätigkeit.

Gründerqualifizierung statt Beratungsförderung

Die Beratungsförderung des Bundes und der Länder wird schon lange in ihrer Effektivität als fraglich beurteilt. Es ist kaum nachprüfbar, welche Erfolge die Beratungsförderung hatte. Oftmals werden Beratungstätigkeiten gefördert, die nicht unbedingt in Zusammenhang mit der Existenzgründung stehen. Der Vollzug einer Kontrolle gestaltet sich als schwierig. Kontaktgespräche mit Kammern oder anderen Einrichtungen, wie z. B. durch das Beratungsprogramm Wirtschaft des Landes Nordrhein–Westfalen vorgeschrieben, können die Qualifikation

und Qualität des Beraters sowie die Zielsetzung der Beratungsaufgabe kaum angemessen nachprüfen.

Besser wäre es, die Förderung der Gründungsberatung in die Qualifizierung der Existenzgründer umzulenken. Der erfolgreiche Abschluss einer entsprechend geförderten Qualifizierungsmaßnahme, ggf. sogar mit einer entsprechenden Prüfung, könnte dann auch die Voraussetzung sein, um erweiterte Haftungsfreistellungen zu erhalten.

Dadurch wird einerseits die Ernsthaftigkeit der Gründung auf die Probe gestellt und andererseits dem Gründer die Möglichkeit verschafft, sich über sein Vorhaben durch die Erarbeitung der theoretischen Grundlagen Klarheit zu verschaffen. Auch wird die Qualität der für die Kreditvergabe erwünschten Businesspläne sicherlich zu erhöhen sein und damit insgesamt eine reibungslosere Bearbeitung ermöglicht.

Abbau bürokratischer Hemmnisse

Existenzgründer müssen auf dem Weg in die Selbständigkeit viele bürokratische Hürden überwinden. So werden durch die Kreditinstitute Stellungnahmen von den Kammern gefordert, bei unterschiedlichen Behörden sind Genehmigungen einzuholen, bei der Bank ist der Kredit zu beantragen, ggf. müssen Berater eingeschaltet werden. Die Liste ließe sich noch fortsetzen. Dabei liegen zwischen den einzelnen Stellen durch die Instanzen oft Wochen, die durch terminliche Umstände sowie Reibungs- und Abstimmungsprobleme bedingt werden.

Existenzgründungen könnten in Deutschland vereinfacht werden, wenn die notwendigen Instanzen auf kommunaler Ebene aber auch auf Landesebene räumlich und ggf. auch persönlich gebündelt werden, damit der Gründer verkürzte Wege beschreiten kann. Dies ist mit gutem Willen möglich und mehr eine Frage von Organisation als von finanziellen Mitteln.

Kommunale Bündnisse für Selbständigkeit

Frank C. Maikranz fordert daher auf kommunaler Ebene zwischen den beteiligten Parteien Bündnisse für Selbständigkeit, in denen Städte, Kammern, Kreditwirtschaft und Interessenverbände Plattformen schaffen, die ganz im Dienste der Existenzgründer stehen.

Nach den Jahren erster Erfahrungen mit der gezielten Förderung der Aufnahme unternehmerischer Tätigkeit muss es nun das Ziel sein aus gemachten Fehlern zu lernen und Verbesserungspotentiale zu nutzen.